

**SPD Schleswig-Holstein**  
**Wahlprüfsteine Bundesverband deutscher Milchviehalter**

**I. Milchmarkt- Gemeinsame Marktordnung**

**1. Welche Möglichkeiten sieht Ihre Partei, um den EU-Milchmarkt in ein Gleichgewicht von Angebot und Nachfrage zu bringen, um zukünftigen Milchmarktkrisen rechtzeitig zu begegnen?**

Die aktuelle Milchkrise war absehbar und zeigt, dass ein freier sich selbst regelnder Milchmarkt eine Illusion gewesen ist. Wir müssen die Rahmenbedingungen erheblich verbessern. Beispielsweise können durch eine kontinuierliche und zeitnahe Marktbeobachtung alle Marktteilnehmer besser und schneller handeln.

Aus Sicht der SPD ist ein europäisches Krisenprogramm notwendig. In Zeiten von ernsthaften Marktungleichgewichten kann es eingreifen und verhindert so, dass weitere Überschüsse produziert werden. Entsprechende Vorschläge zu Marktbeobachtung, Frühwarnsystemen, Preiskorridoren und Mengenreduzierung wurden von der SPD auf europäischer Ebene eingebracht und werden aktuell diskutiert.

**2. Wie steht Ihre Partei im Fall schwerer Marktkrisen zu Überlegungen, die Angebotsmenge mit zeitlich befristeten Marktmaßnahmen an die reale Nachfrage anzupassen? Unterstützen Sie die BDM-Forderungen?**

Das Marktverantwortungsprogramm des EMB (European Milk Board) bildet eine sehr gute Diskussionsgrundlage, um die Funktionalität des europäischen Milchmarktes zu verbessern. Die SPD setzt sich auf europäischer Ebene für ein solches Programm ein. Die genaue Ausgestaltung ist noch nicht abgeschlossen.

**3. Was schlägt Ihre Partei vor, um kostendeckende Preise von mindestens 40 Cent/kg Milch zu erreichen und die Milchviehhaltung in unserem Bundesland so in der Fläche zu halten?**

Der Rückgang der Milchviehhaltung widerspricht dem klaren Bekenntnis der SPD zu einer Landwirtschaft, die flächendeckend Verantwortung für die gesunde Ernährung der Menschen übernehmen kann.

Als SPD sehen wir keine auf den Weltmarkt ausgerichtete Strategie, die unseren Milchbauern stabile Einkommen ermöglicht. Wer für den Weltmarkt produzieren will, setzt sich einem gnadenlosen Preiswettbewerb aus. Auch deshalb haben wir in den letzten Jahren beobachtet, dass Krisen länger und die Abstände zwischen ihnen kleiner werden. Auch die aktuelle Milchkrise ist ein Mengenproblem. Durch eine effiziente Marktbeobachtungsstelle sollen zukünftig Krisen rechtzeitig vorausgesagt werden. So kann die Produktion zeitweise und gezielt heruntergefahren werden.

Kostendeckende Milchpreise gibt es auf Dauer nur durch Qualitätssteigerungen und eine stärkere Differenzierung der Milchprodukte. Die SPD kämpft seit Jahren für eine transparente Kennzeichnung der Milch. Das verhindert, dass Milch zur austauschbaren Massenware wird.

Darüber hinaus ist die Vertragsgestaltung der Lieferbeziehungen durch die Molkereien in vielen Punkten veraltet. Dadurch liegen die Marktrisiken nur auf der Erzeugerseite. Als SPD setzen wir uns dafür ein, das zu ändern.

#### **4. Welche Vorschläge gibt es dazu in Ihrer Partei?**

Auf Bundesebene kämpft der agrarpolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, Dr. Wilhelm Priesmeier, bereits seit längerem für eine Weiterentwicklung der unfairen Lieferbedingungen für Rohmilch. Als SPD werden wir auch künftig faire Rahmenbedingungen nachdrücklich einfordern.

## **II. Gemeinsame EU-Agrarpolitik – Halbzeitbewertung 2017**

### **1. Wie steht Ihre Partei zu der auf nationaler Ebene eingeräumten Möglichkeit, bis zu 30 Prozent des Direktzahlungsvolumens für eine erhöhte Förderung der ersten Hektare zu verwenden und damit die kleineren und mittleren Betriebe deutlich besser zu stellen als bisher?**

Die SPD steht für eine ausgewogene Förderung aller Betriebsformen und -größen. Auf Bundesebene erhalten kleinere Betriebe seit 2014 zusätzliche Prämien für die ersten 46 Hektare. Das entspricht knapp 7 Prozent des Direktzahlungsvolumens.

Eine Forderung nach weiteren Fördermitteln für kleinere und mittlere Betriebe scheidet aktuell an den politischen Realitäten. Insbesondere die ostdeutschen Bundesländer haben im Rahmen der Umschichtung und der Modulation erhebliche finanzielle Mittel nach Westdeutschland übertragen. Die Bereitschaft für weitere diesbezügliche Zugeständnisse ist erschöpft.

### **2. Wie steht Ihre Partei zu der auf nationaler Ebene eingeräumten Möglichkeit, bis zu 15 Prozent des Direktzahlungsvolumens von der ersten in die zweite Säule und damit deutlich mehr als bisher umzuschichten?**

Die SPD unterstützt eine weitere Umschichtung von Geldern der ersten in die zweite Säule. Wir stellen uns ausdrücklich hinter die Forderung der Landesregierung, im Rahmen der aktuellen Beratungen zwischen Bund und Ländern bis zu 15 Prozent der Direktzahlungen umzuschichten.

Die europäische Agrarpolitik muss konsequent an dem Prinzip „Öffentliches Geld für öffentliche Leistungen“ ausgerichtet werden. Dafür ist ein transparentes und praktikables Anreizsystem erforderlich, das die Neuausrichtung hin zu einer nachhaltigen Landwirtschaft fördert. Als SPD setzen wir uns für eine zuverlässige Förderung von Ökolandbau und Vertragsnaturschutz ein. Dabei setzen verlässliche, eindeutige Regeln Leitplanken für die Nachhaltigkeit.

Die Landwirte sind unsere natürlichen Verbündeten, wenn es darum geht, Natur- und Kulturräume zu erhalten, zu pflegen und zu schützen. In Schleswig-Holstein gibt es viele sehr gute Beispiele für die Zusammenarbeit der Öffentlichen Hand und der Landwirtschaft. Im Rahmen freiwilliger Vereinbarungen und mit finanzieller Unterstützung des Landes leisten Landwirte einen wichtigen Beitrag für den Naturschutz.

Die SPD wird sich dafür einsetzen, dass Naturschutz durch Extensivbeweidung mit Robust-Rindern als Ökologische Landwirtschaft anerkannt wird. Wir fördern Öko-Landbau auch, weil er durch die besonders ressourcenschonende und umweltverträgliche Produktion ökologischer Produkte einen wichtigen Beitrag zum Erhalt der Arten- und Strukturvielfalt vieler Lebensräume leistet.

**3. Wie steht Ihre Partei zu Überlegungen, die Zahlung der Direktzahlungen ab 2020 noch stärker an gesellschaftlich für notwendig erachtete Leistungen der Landwirtschaft zu binden?**

Nach den Vorstellungen der SPD sollen die Gelder, die europäischen Steuerzahler an die europäische Landwirtschaft zahlen, zukünftig stärker qualifiziert werden. Das bedeutet, dass wir öffentliches Geld nur noch für Maßnahmen ausgeben wollen, die nachweisbar einen Mehrwert für Umwelt sowie Tier- oder Klimaschutz erbringen.

In Europa stehen wir vor enormen politischen Herausforderungen. Vor diesem Hintergrund sind pauschale Zahlungen nicht mehr gesellschaftlich akzeptiert. Daher sollten sie nach unseren Vorstellungen schrittweise abgebaut werden.

**4. Wie steht Ihre Partei zu Überlegungen, dabei auch den Faktor Arbeitskraft stärker mit zu berücksichtigen?**

Innerhalb der SPD haben wir diese Option immer wieder diskutiert. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt sehen wir jedoch kein ausgereiftes Modell. Wir wollen ein System, mit dem die Kontroll- und Verwaltungsbehörden zeitnah und möglichst unbürokratisch den tatsächlichen Arbeitskräftebestand prüfen können. An dieser Stelle wollen wir mit der Branche weitere Optionen diskutieren.

### **III. Agrarpolitische Ansätze auf Bundes- und Länderebene**

**1. Welche Position nimmt Ihre Partei zur Novellierung der Düngeverordnung ein?**

Die SPD hat die Novelle der Dünge-Verordnung und des Düngerechts maßgeblich vorangetrieben. Der nun vorliegende zwischen Bund, Ländern und den Beteiligten ausgehandelte Kompromiss trägt eindeutig eine sozialdemokratische Handschrift. Wir hoffen, dass dadurch zukünftige Stoffströme besser nachvollzogen werden können. Damit wollen wir erreichen, dass gerade die mit Stickstoff hochbelasteten Regionen dauerhaft ihre Nährstoffüberschüsse vermindern.

Unser Ziel ist es, Nährstoffeintrag und Belastung durch Pflanzenschutzmittel weiter zu reduzieren. Dafür werden wir die Hoftorbilanz, Sperrfristen für die Ausbringung von Dünger sowie flächengebundene Tierhaltung und Pufferstreifen an Gewässern voranbringen. Die empfindlichen Ökosysteme der Nord- und Ostsee, der Binnen- und Fließgewässer sowie der bedrohte Artenreichtum an Tieren und Pflanzen brauchen unseren besonderen Schutz.

Mit der Allianz für Gewässerschutz haben wir eine wichtige Vereinbarung zur Verminderung von Nährstoffeinträgen in Gewässern begründet. Weitere Schritte befinden sich in der Diskussion.

**2. Sieht ihre Partei die Notwendigkeit, beim Kennzeichnungsrecht, insbesondere bei der Herkunftsbezeichnung, dahingehend zu wirken, die Herkunft und Zusammensetzung der Nahrungsmittel durchgängig nachvollziehbar zu machen?**

Um Verbraucherinnen und Verbrauchern eine aufgeklärte Kaufentscheidung zu ermöglichen, brauchen wir zweifelsfreie Kennzeichnungen auf Lebensmitteln. Der Inhalt muss umfassend abgebildet werden. Dazu gehört auch eine Weiterentwicklung von Herkunftsbezeichnungen, damit Verbraucherinnen und Verbraucher wissen, woher ihre Nahrungsmittel stammen.

Gleichzeitig ist es notwendig, dass Verbraucher und Verbraucherinnen ihr Konsumverhalten hinterfragen. Qualitativ hochwertige und nach den persönlichen Vorstellungen erzeugte Lebensmittel, die beispielsweise tiergerecht und gentechnikfrei sind, haben ihren Preis.

Mit unterschiedlichen Förderprogrammen unterstützt die SPD-geführte Landesregierung die Agrar- und Ernährungswirtschaft im Land. Die Kennzeichnung von regionalen Lebensmitteln aus Schleswig-Holstein wollen wir ausbauen und die Förderprogramme verstetigen, damit unternehmerisches Engagement und gute Vermarktungsideen nicht an der Finanzierung scheitern.

**3. Welche Maßnahmen wird Ihre Partei ergreifen, um das Tempo des Strukturwandels zu bremsen?**

Nur eine höhere Wertschöpfung aus dem Liter Milch sorgt für auskömmliche Erzeugerpreise. Daher unterstützen wir mit Förderprogrammen unterschiedliche Maßnahmen, um mehr Geld auf die Höfe zu bringen. Dazu gehören die Umstellungsförderung auf Bio, der Ausbau der Selbstvermarktung und Investitionsbeihilfe für Verarbeitungsunternehmen. Davon hat beispielsweise die Hamfelder Hof Bauernmeierei GmbH & Co KG profitiert. Als SPD werden wir die Verarbeiter und den Handel immer wieder auf ihre Verantwortung für faire Milchpreise hinweisen.

Notwendig ist auch eine öffentliche Diskussion über den zukünftigen Weg in der Landwirtschaft. Für die Weiterentwicklung der Branche muss die Beratung verbessert werden. Deshalb haben wir in dieser Legislaturperiode die sozio-ökonomische Beratung bei der Landwirtschaftskammer mit zusätzlichen Landesmitteln erweitert.

Die Landwirtinnen und Landwirte verdienen Respekt für die wichtige Arbeit, die sie tagtäglich leisten. Gleichzeitig muss sich die Branche stärker als bisher dem öffentlichem Interesse und öffentlicher Kritik stellen. Als SPD haben wir in den letzten Jahren den Dialog mit der Branche gesucht, unterschiedliche Standpunkte offen ausgetauscht und gemeinsam gute Lösungen gefunden. So wollen wir weitermachen!